

„Die emotionale Polarisierung war selten so massiv“

Im Krieg steht eine freie Berichterstattung unter Druck von vielen Seiten. Ein Gespräch über Einseitigkeit und Zensur, über Grenzverletzungen und Fehlerkultur – und die Medienkompetenz der Jüngeren.

Interview mit Katharina Weiß

IP: Frau Weiß, nach dem Angriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 haben wir in der Berichterstattung über den Nahost-Konflikt eine seltene Polarisierung erlebt. Wie definiert Reporter ohne Grenzen Pressefreiheit in Krisenzeiten, und wo sehen Sie Grenzen dieser Pressefreiheit?

Katharina Weiß: Pressefreiheit schützt das Recht, Informationen zu recherchieren, zu prüfen und zu veröffentlichen. Und das gerade in Kriegs- und Krisenzeiten. Das umfasst Zugänge zu Orten und Akteuren, aber auch Quellenschutz, Redaktionsfreiheit, Vielfalt auch der Stimmen sowie Schutz vor Einschüchterung und Gewalt. Pressefreiheit ist generell nicht grenzenlos. Grenzen liegen dort, wo Strafgesetze greifen, zum Beispiel Aufruf zur Gewalt, Persönlichkeitsrechte oder völkerrechtliche Normen, zum Beispiel auch das Verbot von Kriegspropaganda oder Anstiftung zum Völker-

mord. Kritik an Regierungen und Armeen gilt nicht als Grenzverletzung, sie ist Kernauftrag der Presse. Und das zählt in jedem Bereich. Wir beobachten seit Jahren, wenn nicht Jahrzehnten, dass diese Pressefreiheit in den gerade benannten Prämissen verletzt und eingeschränkt wird.

Sehen Sie Faktoren, die eine unabhängige Berichterstattung über den Gaza-Krieg bedrohen?

Ein großes Thema ist das Gaza-Zugangsverbot für internationale Berichterstatter. Dieses Thema schlug von Anfang an hohe Wellen. Denn es gibt ja zu Recht den Ansatz, dass eine Annäherung an unabhängige Stimmenvielfalt nur erreicht werden kann, wenn nicht nur Stimmen vor Ort, sondern auch die internationale Gemeinschaft sich selbst ein Bild der Realitäten machen kann. Das ist das eine; dann ist natürlich die Tötung so vieler palästinensischer Journalistinnen und Journalisten eine

sehr große Einschränkung der Pressefreiheit. Auch wir haben die Forderung etwa nach dem Zugang schon seit Ende 2023 immer wieder geäußert, als klar wurde, dass die israelische Armee außer sporadischen und streng reglementierten „embeds“ niemanden nach Gaza hineinlässt und sehr häufig auch niemanden heraus, gerade wenn es darum geht, etwa verletzte Kolleginnen oder Kollegen woanders in Sicherheit zu bringen.

Es gibt noch andere Herausforderungen für die Pressefreiheit: Unsere Nahost-Korrespondenten haben von Visa-restriktionen berichtet, von fehlenden sicheren Korridoren, gezielten Kampagnen gegen Journalisten. Die gibt es die ganze Zeit in diesem gesamten Konflikt. Und die Kampagnen gegen Journalisten, die sehen wir auch bei uns in Deutschland. Wir hören spezifisch auch von betroffenen Journalisten von *Ha'aretz*: Immer wieder werden die Kollegen Ziel von Bedrohungen, Hasskampagnen oder politischen Angriffen.

Gaza war lange komplett abgeriegelt, es gibt keine Kommunikationsinfrastruktur mehr. Wie können Medien überhaupt noch aus Gaza berichten?

Es gab immer weniger erfahrene palästinensische Journalisten oder Korrespondenten, die für große Nachrichtenagenturen wie *AP* oder *Reuters* tätig waren und auch über viele Jahre für deutsche Medien als Stringer oder Fixer gearbeitet haben. Es ging ja schlicht um Zugang zu Strom und Internet für Möglichkeiten des Uploads von Berichten und ähnliches. Es gab noch Hilfsorganisationen, die teilweise selbst kommunizieren, aber das ist auf keinen Fall zu vergleichen mit der Berichterstattung beispielsweise aus der Ukraine. Andere Herausforderungen, die speziell den Gaza-Streifen betreffen: Die



Katharina Weiß ist Sprecherin der deutschen Sektion von Reporter ohne Grenzen (RSF). Die Nichtregierungsorganisation setzt sich weltweit für die Pressefreiheit und gegen Zensur ein. RSF hat neun europäische Ländersektionen und fünf Länderbüros in Nordamerika und Asien.

Arbeit war extrem erschwert durch die israelischen Angriffe, einhergehend mit humanitären Katastrophen wie Hunger, teilweise mehrfacher Vertreibung, dem Umgang mit getöteten Angehörigen und vielem mehr. Reporter ohne Grenzen hat gemeinsam mit Partnerorganisationen versucht, mit Computern, Telefonen, Akkus und Solar-Powerbanks zu helfen,

„Problematisch wird es, wenn redaktionelle Auswahl und Sprache strukturell eine Konfliktpartei privilegieren“

sofern vor Ort verfügbar und erschwinglich. Anders als in der Ukraine war es nicht gestattet, Schutzausrüstung zu liefern; es gab etwa die Sorge, dass Helme militärisch missbraucht werden könnten. Wir haben auch versucht, das Arbeitsumfeld vor Ort durch das Aufstellen von Zelten zu verbessern; so gab es zum Beispiel spezielle Zelte für Journalistinnen. Aber im Vergleich zu anderen Gebieten, in denen Reporter ohne Grenzen tätig ist, waren uns die Hände doch sehr gebunden.

Es gibt den Vorwurf an deutsche Medien, sie seien zu einseitig, es gäbe eine pro-israelische Berichterstattung. Andere sagen, es gibt ganz klar antisemitische Tendenzen. Wie bewerten Sie das?

Beides sind schwere Vorwürfe. Wir erleben ein Thema mit sehr großer emotionaler Polarisierung. In diesem anhaltenden Schrecken war diese für deutsche Journalisten vielleicht sogar das massivste Thema in den letzten Jahren. Nun betreibt RSF ja keine Medienkritik. Mir persönlich haben viele Kolleginnen und Kollegen, die aktuell oder schon seit Jahren zu diesem Thema gearbeitet haben, eine strukturelle Schieflage beschrieben, mit Auswüchsen auf beiden Seiten. Spannend ist, dass wir geschildert bekamen, wie vom Lokalmedium bis zu den Öffentlich-Rechtlichen, von freien Korrespondenten bis zu Personen, die sich mit der Berliner Kulturszene beschäftigen, staatliche israelische Quellen

häufig die Nachrichtenlage dominiert haben. Palästinensische Stimmen, UN- oder NGO-Stimmen seien deutlich seltener prominent vorgekommen. Der Medienwissenschaftler Fabian Goldmann hat knapp 5000 Schlagzeilen zwischen dem 7. Oktober 2023 und dem 19. Januar 2025 ausgewertet. Er hat sich vor allem große etablierte deutsche Medien angeschaut und hält fest, dass 43 Prozent ihrer Artikel auf israelischen Quellen basieren und nur 5 Prozent auf palästinensischen Angaben. NGO-Stimmen, also nicht nur Reporter ohne Grenzen, sondern Human Rights Watch, Medico International, Ärzte ohne Grenzen, waren mit nur 1,1 Prozent kaum sichtbar. Die oft in dieser Weise geschilderte Schieflage habe ich als Privatperson auch verfolgt.

Im Journalismus halten immer mehr Haltung und Meinung Einzug, Kommentar und Bericht werden nicht klar getrennt. Gibt es eine Grenze zwischen legitimem Meinungsjournalismus und einer problematischen Parteinahme?

Reporter ohne Grenzen muss immer schauen: Ab wann fällt ein Medium aus unserem Mandat, weil es zum Beispiel rein propagandistisch ist? Generell kann man sagen: Wenn Medien ungeprüft Kriegsnarrative verstärken, dehumanisierende Sprache normalisieren oder Gegner systematisch unsichtbar machen, dann wäre das dafür ein Anzeichen. Meinungsjournalismus ist

natürlich legitim. Er gehört zur Bandbreite des Journalismus dazu, wenn er faktenbasiert ist, sauber zwischen Nachrichten und Kommentar trennt, wenn also klar ist, dass hier eine Meinung dargestellt wird, und wenn Interessen oder Verbindungen offengelegt werden. Problematisch wird es, wenn redaktionelle Auswahl und Sprache strukturell eine Konfliktpartei privilegieren, was ja zum Beispiel im Kontext von Medien in autokratischen Ländern sehr häufig der Fall ist, in Russland etwa oder auch in der Türkei.

Ein Blick nach vorn. Wie kann die Medienbranche das Vertrauen der Öffentlichkeit zurückgewinnen, wenn es um ausgewogene Berichterstattung geht? Es gibt ja so ein Abwinken: Medien seien nichts mehr wert, man könne ihnen nicht mehr vertrauen. Wie kann man das ändern?

Sehr wichtige Frage. Das Thema Nahost-Konflikt ist neben Corona (was haben die Medienschaffenden damals gemacht, wie hat sich das entwickelt, wo ist die Aufarbeitung) das zweithäufigste Thema, mit dem ich konfrontiert werde. Egal, ob in der Uni in Esslingen oder beim Rentnerverein in Chemnitz. Man merkt: Diese beiden Themen haben in unterschiedlichen Zielgruppen, aber dennoch in einer großen Breite Misstrauen gegen Medienschaffende gesät.

Warum ist das so?

Ich glaube, dass da verschiedene Sachen hineinwirken. Zum einen haben Journalistinnen und Journalisten Vertrauen verspielt, indem sie sich auch Algorithmen und Clickbaits gebeugt haben. Zum anderen haben die modernen Technologien auch Diffamierungsmöglichkeiten gegen Journalisten und deren Informationen

Die Berichterstattung über den Nahost-Konflikt hat Misstrauen gegen Medienschaffende gesät; tatsächliche Fehler und leere Vorwürfe gingen Hand in Hand. Im Bild eine Alltagsszene aus Gaza vom November 2025.

Bild nur in
Printausgabe verfügbar

vervielfacht. Das heißt, egal wie sauber wir arbeiten, gegen manches kommt man kaum noch an.

Deswegen sehe ich zum einen eine ganz, ganz große Verantwortung in der Gesellschaft, zum Beispiel im Verankern von Medienkompetenzschulungen von den Jüngsten bis zu den Ältesten. Denn wir sehen, dass die Medienkompetenz vor allem bei ganz Jungen und bei der Generation unserer Eltern mit am schwierigsten ist. Das sind die, die am leichtesten einzufangen oder wegzufischen sind.

Und wenn wir schauen, wie wir die Medienhäuser selbst in die Verantwortung nehmen, dann sind Transparenz, Quellen, Methoden, Korrekturen zentral. Ich persönlich finde auch Fehlerkultur ganz wichtig. Es sollte sich keiner einen Zacken aus der Krone brechen, einen Fehler zugeben, und wir sollten Leute auch nicht mit einem Shitstorm belegen, wenn sie Fehler zugeben. Ich glaube, das ist eine unheilige Spirale. Wenn man nicht immer die Angst hätte, dass es einem ewig vorgehalten wird, wenn man einen Fehler zugibt, würden vielleicht viele von uns an einigen Stellen sagen: Ja, da war ich im Unrecht oder da habe ich eine Perspektive eingenommen, die vielleicht nicht ausreichend war.

Gilt das auch im Kontext antisemitischer Tendenzen?

Hier wäre eine bessere Fehlerkultur sehr angebracht, ohne gleich einen riesigen Shitstorm zu erleben. Dann: sichtbare Quellenvielfalt! Das merken wir auch im aktuellen Nahost-Konflikt. Und innerhalb der Medienhäuser eine interne Aufarbeitung nach Fehlern. Wir haben nach unserer Recherche zu Repressionen rund um die Nahost-Berichterstattung innerhalb deutscher Redaktionen, die Anfang 2025 veröffentlicht wurde, von einigen großen

deutschen Medienhäusern, vor allem in Print, gehört, dass sie tatsächlich interne Aufarbeitungen angestoßen haben. Das freut uns natürlich. Und das ist der richtige Weg, dass man sich erstmal die Redaktionsabläufe ansieht. Wie kann man dem vorbeugen? Wie kann man alle Stimmen hören? Ich weiß, dass das sehr schwierig ist, weil wir ja gleichzeitig tagesaktuell und effizient sein müssen.

Wenn wir auf eine so polarisierte Debatte schauen wie die über den Nahost-Konflikt: Welche Rolle spielt hier Reporter ohne Grenzen? Neutrale Beobachtung oder eher eine aktive Kämpferin für Standards?

Auch eine sehr gute Frage. Natürlich sind NGOs wie Reporter ohne Grenzen immer auch Watchdogs, also Beobachter. Aber wir machen etwas mit diesen Beobachtungen! Reporter ohne Grenzen dokumentiert Verstöße gegen die Pressefreiheit und alarmiert die Öffentlichkeit, wenn Journalistinnen oder Journalisten in Gefahr sind. Das ist der Kernsatz, den wir im Herzen tragen.

Vielleicht müssten wir die Frage anders zuspitzen. Denn wir lehren nicht nur an der Uni, sondern gehen im Zweifelsfall auch vor eine Botschaft. Wir haben politische Forderungen, wo wir sagen, ihr habt so und so viele Medienschaffende eingesperrt oder getötet, lasst die Gefangenen wieder frei. Oder wir fordern Gerichtsverfahren rund um solche Tötungen, kämpfen also zum Beispiel gegen Straflosigkeit. Wir sind auch ganz konkret im Kontext der Nothilfe unterwegs und versuchen, Kolleginnen und Kollegen zu helfen.

Wenn es um politische Positionierung geht, gibt es aber natürlich immer ein Ringen, wie bei Journalisten auch, das so neutral wie möglich zu halten.

Das Interview führte Martin Bialecki.

IP